

Michael Lange

Zur Lage der Oppositionsparteien vor den Wahlen in S dafrika

■ Das Parteienspektrum nach den Parlamentswahlen 1994

Power Sharing in der Regierung der nationalen Einheit

Blickt man auf die Ergebnisse der ersten demokratischen Parlamentswahlen im neuen Südafrika, so muß berücksichtigt werden, daß sich die beiden großen politischen Bewegungen Südafrikas, der African National Congress (ANC) und die National Party (NP), bereits lange vor den Wahlen im Rahmen der Interimsverfassung auf ein *Power Sharing* geeinigt hatten, das beiden Vorteile gegenüber den kleineren Parteien sicherte.

Diese Vereinbarung sah die Bildung von Koalitionsregierungen sowohl auf nationaler als auch auf Provinzebene vor. Dabei sollten

- alle Parteien mit einem landesweiten Stimmenanteil von mehr als zehn Prozent Anspruch darauf haben, in die angestrebte 'Regierung der Nationalen Einheit' aufgenommen zu werden bzw. Vertreter ins Kabinett zu entsenden;
- alle Parteien mit einem landesweiten Stimmenanteil von mehr als 20 Prozent Anspruch darauf haben, einen Vizepräsidenten zu nominieren.

Die Entscheidung des ANC, eine solche Regelung zu akzeptieren, entsprang der wohl realistischen Einschätzung, daß man nach den Wahlen zwar als politisch legitimierte Befreiungsbewegung gelten konnte, zu jenem Zeitpunkt jedoch für die anstehende Regierungsarbeit weder über ausreichende parlamentarische noch über die notwendige exekutive Erfahrung verfügte, um die schwierigen Herausforderungen des

Der überwältigende Sieg des ANC in den Parlamentswahlen von 1994 entschied langfristig über die Machtverhältnisse im neuen Südafrika: Die kleineren Parteien stellten keine ernstzunehmende Opposition gegenüber der 'Regierung der Nationalen Einheit' dar, in deren Rahmen sich der ANC und die NP unter Beteiligung der IFP auf ein *power sharing* geeinigt hatten. Spannungen unter den Koalitionspartnern führten jedoch 1996 zum Ausscheiden der NP aus der nationalen Regierung, aber auch aus verschiedenen Provinzregierungen, was die Führungsrolle des ANC angesichts der Bindungstreue der IFP, für die ein Verlassen der Koalition einen Schnitt ins eigene Fleisch bedeuten würde, indes auch in der Zukunft kaum gefährden wird. Zwar beunruhigen die zunehmend negative Bewertung der ANC/IFP-Politik in der Bevölkerung und die in jüngster Zeit wachsenden Chancen der Opposition in manchen Provinzen die derzeit Regierenden. Jedoch wird der ANC auf nationaler Ebene wohl auch weiterhin den Kurs bestimmen, wengleich der künftige Präsident Mbeki kaum so hohe Sympathiewerte erzielen dürfte wie der noch amtierende charismatische Nelson Mandela.

demokratischen Übergangs alleine d.h. ohne Rückgriff auf die Erfahrungen der 'Apartheidparteien' bewältigen zu können.

Gleichzeitig sah man allerdings gute Chancen, innerhalb einer Legislaturperiode der Kohabitation mit dem politisch-historischen Gegner sowohl die Befürchtungen des Auslandes wegen der Einführung eines sozialistischen Einparteiensystems zu entkräften als auch genug Know-how anzusammeln, um die Regierungsgeschäfte danach gegebenenfalls alleine zu führen.

Mit der Idee des *Power Sharing* verband die NP-Führung kurzfristig die Hoffnung, die politische Macht im Lande nicht gleich vollständig zu verlieren, sondern weiterhin auf die Gestaltung des Transformationsprozesses an der Seite des ANC Einfluß nehmen zu können. Insgeheim hoffte man auch darauf, daß während dieser Phase der Regierungsbeteiligung die in Aussicht genommene ideologische und personelle Modernisierung der National Party soweit voranschreiten würde, daß auch im zukünftigen freien Wettbewerb der politischen Kräfte für die NP realistische Chancen bestehen würden, gegenüber dem dann vielleicht entzauberten ANC konkurrenzfähig zu sein.

Gleichzeitig hatte man auf ein Wahlergebnis gehofft, daß dem ANC deutlich unter 50 Prozent und der NP deutlich über 25 Prozent der Stimmen bescheren würde. Ein solches kurz vor den Wahlen durchaus nicht unwahrscheinliches Wahlergebnis hätte es der NP erlaubt, gemeinsam mit dem ANC in eine nur auf diese beide 'großen Parteien' beschränkte Koalition der Nationalen Einheit einzutreten, um mit Hilfe einer solchen Koalition ihre seit Beginn des Transformationsprozesses gehegten Vorstellungen von einer Machtteilung mit dem ANC bei gleichzeitigem faktischen Vetorecht der NP zu realisieren.

Wie das Wahlergebnis jedoch deutlich macht, erfüllten sich die Hoffnungen der National Party nicht, obwohl sie mit einem Stimmenanteil von rund 20 Prozent erwartungsgemäß als zweitstärkste Partei aus den Parlamentswahlen hervorgegangen war. Dieses Ergebnis entsprach zwar nicht den Erwartungen der Partei, sicherte ihr jedoch die Rolle eines Juniorpartners in der vereinbarten 'Regierung der Nationalen Einheit' und dem Parteiführer F.W. de Klerk das Amt des Vizepräsidenten.

**I Nationales Wahlergebnis
1994**

Parteien	Stimmen	Prozent-Anteil	Sitze
African National Congress	12 237 655	62,65	252
National Party	3 983 690	20,39	82
Inkatha Freedom Party	2 058 294	10,54	43
National Unity Government		93,58	377
Freedom Front	424 555	2,17	9
Democratic Party	338 426	1,73	7
Pan-Africanist Congress	243 478	1,25	5
African Christ. Dem. Party	88 104	0,45	2
Conservative Party			
Sonstige	159 296	0,81	
Opposition		6,42	23
Gesamt	19 533 497	100	400

Die Inkatha Freedom Party (IFP) unter Führung von Chief M. Buthelezi hatte, für viele Beobachter überraschend, landesweit einen Stimmenanteil von 10,4 Prozent erreicht. Ein solches Ergebnis hatten angesichts der sehr kurzfristigen Entscheidung der IFP, an den Wahlen teilzunehmen, weder die NP-Führung noch jene politischen Beobachter für möglich gehalten, die den Umfragen unmittelbar vor den Wahlen maßgebliche Bedeutung beigemessen und für die Partei einem Stimmenanteil von etwa zwei bis vier Prozent vorausgesagt hatten.

Der African National Congress (ANC) war aus den ersten demokratischen Parlamentswahlen in Südafrika mit einem Stimmenanteil von über 62 Prozent erwartungsgemäß als mit Abstand stärkste politische Partei hervorgegangen. Dieses Wahlergebnis entsprach den Erwartungen der meisten politischen Beobachter, allerdings nicht jenen der NP-Führung.

Viele Beobachter sahen sich angesichts des Wählerverhaltens und des Wahlergebnisses dazu veranlaßt, von diesen ersten demokratischen Wahlen in Südafrika als einem *Ethnic Census* zu sprechen. Damit brachten sie die Tatsache zum Ausdruck, daß das schließlich zustande gekommene Wahlergebnis sowohl national als auch regional ziemlich genau die ethnische Zusammensetzung der südafrikanischen Bevölkerung widerspiegelte. Tatsächlich entfielen insgesamt etwa 75 Prozent der Stimmen auf die eher 'schwarzen' Parteien: ANC (63 Prozent), IFP (elf Prozent) und PAC (ein Prozent) und etwa 25 Prozent der Stimmen auf solche Parteien, welche eher die Interessen der 'nichtscharzen' Bevölkerungsminderheit vertraten, wie der Mehrheit der afrikaanssprechenden 'weißen' nationalistischen Süd-

afrikaner und der 'farbigen' Südafrikaner (Coloureds), im wesentlichen vertreten durch die National Party (20 Prozent), der Minderheit der 'sezessionistischen' Buren, vertreten durch die Freedom Front (2,2 Prozent) der englisch-sprachigen weißen und asiatischen Südafrikaner, auch vertreten durch die Democratic Party (1,7 Prozent) und der wenigen christlichen Fundamentalisten der African Christian Democratic Party (0,5 Prozent).

So bestätigte sich die Dominanz der 'schwarzen Parteien' in nahezu allen Regionen, in denen eine 'schwarze' Bevölkerungsmehrheit wählte. Wo dies nicht der Fall war, wie etwa in den beiden Kapprovinzen, wo die farbige Bevölkerung die Mehrheit der Wähler stellte und eine relativ zahlreiche weiße Bevölkerung ansässig ist, konnten die vier eher 'weißen Parteien' zusammen eine ihrem Bevölkerungsanteil entsprechenden Stimmenmehrheit von 45 bzw. 60 Prozent erreichen.

■ Ethnische Zusammensetzung der Wahlbevölkerung 1994

Wahlberechtigte: insgesamt	22 754 152	Prozent-Anteil
Wähler	19 726 578	86,7
Davon: 'Black'	14 200 000	73,0
'White'	2 900 000	15,0
'Coloured'	800 000	9,0
'Indian'	600 000	3,0

In der Provinz KwaZulu-Natal hatte, wie erwartet, die eher regional und ethnisch ausgerichtete Partei der Zulus, die Inkatha Freedom Party (IFP), dominiert, während es in der urbanisiertesten Provinz Gauteng den eher 'weißen Parteien' gelang, einen respektablen Stimmenanteil von immerhin ca. 35 Prozent zu erreichen. Die drei Koalitionspartner der 'Regierung der Nationalen Einheit' repräsentierten somit weit über 90 Prozent der Wähler und stellten 377 der insgesamt 400 Mandate.

Als Fazit kann festgehalten werden, daß es vor allem auf die kurzfristige Entscheidung der IFP und der FF zugunsten einer Beteiligung an den Parlamentswahlen und ihr überraschend gutes Abschneiden zurückzuführen ist, daß das von der NP geplante exklusive Zusammenspiel der beiden großen Parteien schließlich doch nicht zustande gekommen ist. Statt dessen fand sich die NP nach den Wahlen in der dann gebildeten 'Regierung der nationalen Einheit' *sandwiched* zwischen zwei mehrheitlich 'schwarzen' Koalitionspartnern, die sich anschickten, die Regierungsgeschäfte

mit ihrer gemeinsamen Zwei-Drittel-Mehrheit ohne große Rücksichten auf die NP in die Hand zu nehmen.

Was erreicht worden war, erschien weniger als eine Variante des vom der NP angestrebten *Power Sharing*, denn vielmehr als eine Dreier-Koalition, in welcher der ANC allein bereits über eine einfache Mehrheit verfügte und damit seine Dominanz in der Gesetzgebung und der Exekutivgewalt in den folgenden fünf Jahren sicherstellen konnte.

■ Die Reaktion der Oppositionsparteien auf das Wahlergebnis

Die zahlreichen kleineren Parteien, denen von vornherein kaum Chancen gegeben wurden, Eintritt in den Klub der Koalitionsparteien zu finden, hatten enttäuschende, zum Teil katastrophale Wahlergebnisse erzielt. Dies mag damit zusammenhängen, daß viele Wähler, die nicht zuletzt in den Medien kolportierte Idee einer Machtteilung zwischen dem ANC und der NP soweit internalisiert hatten, daß sie die Neigung hatten, je nachdem, ob sie der schwarzen oder der weißen Bevölkerungsgruppe angehörten, jeweils der großen Partei ihres Lagers, also dem ANC oder der NP, den Vorzug vor den kleineren Partei zu geben.

Die Democratic Party (DP)

Am meisten schien die Democratic Party, die mit einem landesweiten Stimmenanteil von 1,7 Prozent nur ein extrem schlechtes Wahlergebnis erzielen konnte, von diesem Wahlverhalten betroffen zu sein. Für eine Partei, die während der langen Jahre der Apartheidära die einzige Stimme der Opposition im Parlament (MP Helen Suzman) gestellt hatte, war dies ein katastrophales Wahlergebnis, was den langjährigen Parteivorsitzenden Zach de Beer auch sofort nach den Wahlen veranlaßte, sein Amt als Parteivorsitzender zur Verfügung zu stellen.

Vielen Wählern hatte die Partei offensichtlich weiterhin als exklusive Vertreterin der Interessen der liberalen, weißen und überwiegend englischsprachigen Mittel- bzw. Oberschicht gegolten, für die in dieser Auseinandersetzung zwischen zwei Nationalismen kein Platz mehr schien.

Unter der neuen Führung des eloquenten Tony Leon versuchte die Partei nach den Wahlen durch die

Konzentration auf Themenbereiche, die individuelle Schutzrechte betreffen, ihr liberales Profil weiterzuentwickeln und neue Wähler zu gewinnen. Sie sieht sich dabei allerdings – ähnlich der NP – vor dem Dilemma, daß ihre traditionelle Wählerschaft, die weiße, englischsprachige Bevölkerungsgruppe, zahlenmäßig stagniert und nicht mehr als fünf Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht, von denen die sozial-liberalen, progressiveren Teile sogar noch mit dem ANC sympathisieren.

Sie konzentrierte ihre Basisarbeit auf die urbanen Zentren, wo die Partei im Vergleich zu ihrer schwachen Unterstützung auf dem Land bereits in der Vergangenheit gute Ergebnisse erzielt hatte. Hier vertritt die DP auf kommunaler Ebene eine eher marktorientierte Politik, propagiert die Autonomie von Kommunen und die Berücksichtigung der Interessen vor allem der mittelständischen Industrie.

Im nationalen Parlament hat die DP einen Prozeß der Schwerpunktsetzung eingeleitet. In ihrer Ausschußarbeit im Parlament versucht die DP nicht mehr länger mit ihrer geringen Anzahl von Parlamentariern überall präsent zu sein, sondern sich auf bestimmte Themen zu konzentrieren. Nach der Ablehnung des ANC-Angebots, sich (anstelle der NP) an der 'Regierung der Nationalen Einheit' zu beteiligen, konzentriert sich die Partei wieder auf ihre Oppositionsrolle im nationalen Rahmen, wie auf Provinzebene. Sie profilierte sich durch ihre aktive Oppositionsarbeit als Kontrollinstanz der verschiedenen 'Regierungen der nationalen Einheit'.

Mit immer größerem Erfolg konnte die Partei dabei von den wachsenden internen Problemen der National Party profitieren, die vor allem in urbanen Zentren immer mehr Unterstützung zugunsten der DP verlor, was sich nicht zuletzt in elf Mandatswechseln zugunsten der DP auf kommunaler Ebene äußerte.

Die Freedom Front (FF)

Die Freedom Front hatte nach ihrem späten Entschluß, sich doch noch an den Wahlen zu beteiligen, für ihr Programm eines 'exklusiven Volksstaats für Afrikaner' landesweit einen Stimmenanteil von immerhin 2,17 Prozent erreicht und war damit zur größten der kleinen Oppositionsparteien geworden. Dies mag damit zusammenhängen, daß das Pro-

gramm der Freedom Front ihren Wählern in gewisser Weise ein Überleben der Rassentrennung auf der Basis eines föderalen bzw. sezessionistischen Ansatzes ermöglichen sollte. Das Propagieren eines 'Bantustans für Buren' stellte in gewisser Weise ein Ende des Anspruchs der Buren auf ganz Südafrika dar und schien vielen Afrikanern realistischer als die von der NP angestrebte, von der FF allerdings nicht für möglich und sinnvoll erachtete (vorübergehende) Kohabitation mit dem (einstigen) Gegner.

Die Freedom Front hat sich nach den Wahlen trotz des erheblichen Gewaltpotentials, das dieser Gruppierung zugeschrieben wurde, problemlos in die parlamentarische Arbeit des neuen südafrikanischen Parlaments integriert.

Politikbestimmend ist neben den Anstrengungen zur Weiterentwicklung der Konzeption eines 'Volksstaats' weiterhin die Sprachenproblematik. Viele Buren fühlen sich in ihrer sprachlichen Identität bedroht, nachdem die neue Regierung mehr und mehr dazu überging, Afrikaans als Kommunikationsmittel aus dem öffentlichen Leben zu verdrängen bzw. den anderen elf offiziellen Landessprachen Südafrikas gleichzustellen.

Nach der vorübergehenden Zurückdrängung der beiden Hauptanliegen der FF durch die Einrichtung parlamentarischer Ausschüsse versucht die Freedom Front sich in jüngster Zeit verstärkt als eine moderne Partei darzustellen, deren politische Vorstellungen zur größeren Unabhängigkeit bzw. Selbständigkeit von Regionen sogar in Europa (Schottland und Wales) wieder an Aktualität gewinnen.

Immer stärker betont die Freedom Front in jüngster Zeit angesichts der sich häufenden Überfälle auf Farmer ihre Sorge um die öffentliche Sicherheit, vor allen Dingen in ländlichen Gebieten, bzw. noch konkreter, um die Sicherheit der weißen Farmbevölkerung Südafrikas, die zu den Hauptwählergruppen der Partei gehört.

Der Pan Africanist Congress (PAC)

Der Pan Africanist Congress zeigte sich nach dem enttäuschenden Wahlergebnis von 1,25 Prozent bestrebt, mit der Wahl Dr. Stanley Mogobas zum neuen Parteivorsitzenden die seit langem dauernde Führungskrise in der Partei zu überwinden. Der neue Parteivor-

sitzende leitete mit der Entscheidung, die Partei in Zukunft auch nichtschwarzen Mitgliedern zu öffnen, eine politische und programmatische Neuorientierung ein. Dies galt politischen Beobachtern als einzige Chance für die Partei, die mit ihrem traditionellen afrozentristischen Ansatz bei den letzten Parlamentswahlen nur eine überraschend kleine Gruppe von Wählern für sich hatte mobilisieren können.

Es wird erwartet, daß sich diese Umorientierung positiv auf die Attraktivität der Partei auswirkt. Das Angebot einer Regierungsbeteiligung, das Präsident Mandela dem PAC bald nach der Wahl Mogobas machte, zeigte auch, daß sich der ANC von der neuen Attraktivität des PAC stärker bedroht fühlt als in der Vergangenheit.

Die African Christian Democratic Party (ACDP)

Die kleinste der Parteien, die noch den Einzug ins Parlament geschafft hatte, war die christlich orientierte, manche sagen sogar fundamentalistisch ausgerichtete African Christian Democratic Party. Sie hatte zur Überraschung vieler Beobachter 0,45 Prozent der Stimmen erhalten, und war mit zwei Abgeordneten ins Parlament eingezogen, wo sie sich seither vor allem um 'moralische Fragestellungen' wie der Garantie von Menschenrechten (Recht auf Leben vs. Abtreibung) und Maßnahmen zur Eindämmung der Kriminalität und die damit in Zusammenhang stehenden Gesetzesvorhaben kümmert.

Der Wahlerfolg der Partei mag als ein Indiz für die tiefe Religiosität der Mehrheit der schwarzen Bevölkerung Südafrikas gelten, denen der ANC in seinen Wahlaussagen als zu säkular und zu 'sozialistisch' erschien.

In ihrer Parlamentsarbeit ist die Partei durch die geringe Zahl ihrer Vertreter naturgemäß gegenüber größeren Fraktionen benachteiligt, weshalb sie sich auf wenige, ihr erfolgversprechend erscheinende Fragekomplexe mit großer Medienwirkung, wie etwa die Abtreibungsgesetzgebung, konzentriert.

■ **Die Entwicklung außerparlamentarischer Oppositionsparteien**

Neben den politischen Parteien, die ihren Weg ins erste demokratische Parlament Südafrikas gefunden

hatten, gab es allerdings auch noch solche, die sich nach einigem Hin und Her schließlich entschieden hatten, nicht an den ersten freien Parlamentswahlen in Südafrika teilzunehmen.

Die Conservative Party (CP)

Eine dieser Parteien, die Conservative Party, hat inzwischen unter ihrem wiedergewählten Parteivorsitzenden, Ferdi Hartzenberg, damit begonnen, ihre bisherige Politik der Verweigerung zu revidieren, und sich entschlossen, an den nächsten Parlamentswahlen teilzunehmen. Der Partei, die in den letzten Wahlen der Apartheidära im Jahre 1989 immerhin noch 37 Prozent der weißen Wählerstimmen auf sich hatte vereinigen können, war von ihren Anhängern vorgeworfen worden, sie habe sich durch ihren Wahlboykott selbst einer parlamentarischen Plattform für ihre Ideen beraubt. Jüngste Überlegungen des Parteivorsitzenden in Richtung auf ein Bündnis bzw. eine Listenverbindung mit anderen nationalistischen Parteien, etwa mit der Freedom Front, wurden von dieser bisher jedoch mit Zurückhaltung beantwortet.

Es wird von vielen Beobachtern bezweifelt, daß die CP im neuen Südafrika noch eine politische Rolle spielen kann und über eine zu berücksichtigende Anzahl von Anhängern verfügt. Vielen erscheint das Bündnisangebot der CP an die FF als eine (zu) bequeme Strategie, auf dem Rücken der Freedom Front wieder ins Parlament zurückzukehren.

Die Azanian People's Organisation (AZAPO)

Mit andersartigen Problemen mußte sich nach den Wahlen dagegen die Azanian People's Organisation auseinandersetzen. Auf ihrem letzten Parteikongreß in Pietersburg kam es zu einer Spaltung der Organisation, als die Delegierten von nicht weniger als drei Provinzen (Gauteng, Free State, KwaZulu-Natal) nach dem Rechenschaftsbericht des Parteivorsitzenden M. Mangena den Kongreß unter Protest verließen. Grund dafür war der Umstand, daß dieser Bericht Hinweise auf Schulden in Höhe von 200 000 Rand enthalten hatte, deren Entstehung dem Mißmanagement der Parteiführung zugeschrieben wurde. Als entsprechende Kritik von der Parteiführung zurückgewiesen wurde, kam es zum Auszug prominente Delegierter, wie etwa des ehemaligen Parteivor-

sitzenden L. Mabasa (Gauteng), Prof. I. Mosalas, des ehemaligen Generalsekretärs S. Moodley und Patrick Mkhizes (KwaZulu-Natal).

Der Hauptvorwurf lautete, daß die Parteiführung von ehemaligen Emigranten und Angehörigen des im Ausland operierenden Black Consciousness Movement of Azania dominiert werde, ohne daß authentischen Vertretern von AZAPO, die über Jahre den Befreiungskampf auf südafrikanischem Territorium geführt hätten, ein angemessenes Mitspracherecht gewährt würde. Den führenden Vertretern der Exilorganisation wurde zudem autoritäres Gebaren und eine unzureichende Rechenschaftslegung gegenüber der Partei vorgeworfen.

Die diskreditierte jetzige Parteiführung hofft jedoch, bis zu den nächsten Wahlen diese interne Krise hinter sich gebracht zu haben, um erfolgreich die erste Wahlkampagne beginnen zu können.

■ **Erweiterungen des aktuellen Parteienspektrums**

United Democratic Movement (UDM)

Inzwischen gab es sogar die ersten Partieneugründungen. Der ehemalige Generalmajor der südafrikanischen Armee und stellvertretende Minister für Tourismus und Umwelt, Bantu Holomisa, der bis heute als ehemaliger Machthaber der vorübergehend unabhängigen Transkei über beträchtliche Unterstützung an der ANC-Parteibasis in der Eastern Cape Provinz verfügt, hat im letzten Jahr gemeinsam mit dem NP-Dissidenten Roelf Meyer die United Democratic Movement als erste 'Post-Apartheid-Partei' gegründet. Die UDM versteht sich als politische Verkörperung des 'neuen Südafrika' bzw. als Erfüllung des Traums, die schwarze Bevölkerungsmehrheit Südafrikas mit der weißen Minderheit zu versöhnen. Die Partei hat in den letzten Monaten einen erheblichen Zulauf, hauptsächlich von enttäuschten NP-Mitgliedern und frustrierten ANC-Anhängern, erlebt. Die Partei propagiert in ihren Grundsätzen die Förderung eines *New South Africanism*, der Vorstellung von einer alle Ethnien und Religionen umfassenden neuen politischen Heimat für alle jene, die sowohl an die liberalen Werte der neuen Verfassung als auch an die Notwendigkeit einer energischen Bekämpfung von Kriminalität und

Korruption glauben. Die Partei spricht sich für einen Neubeginn in der Konfiguration des südafrikanischen Parteienspektrums aus und betrachtet sich als eine Bewegung, die sich nicht von partikularen Interessen leiten lassen will. Sie konzentriert ihre politische Strategie vor allem auf die Fortsetzung einer Politik der Förderung des Wirtschaftswachstums durch private in- und ausländische Investitionen bei gleichzeitiger Sicherstellung eines möglichst umfangreichen Einsatzes lokaler Arbeitskräfte.

Die Socialist Party of Azania (SOPA)

Am linken Rand des Parteienspektrums hat mit der Konstituierung der Socialist Party of Azania im Frühjahr 1998 ebenfalls eine Neugründung stattgefunden: die erste Parteineugründung links vom ANC. Sie erklärte sich auf ihrer Gründungsversammlung den Idealen der Black Consciousness-Bewegung verpflichtet und kündigte an, bei den kommenden Parlamentswahlen mit einem explizit sozialistischen Programm anzutreten. In einer Reihe von Strategieworkshops, die die Partei inzwischen organisierte, wurden die Arbeiten an einem Grundsatzprogramm abgeschlossen, in welchem sich die SOPA vor allem gegen die Politik internationaler Finanzinstitute, wie der Weltbank und des IWF, sowie für die vorbehaltlose Durchsetzung von Arbeiterinteressen ausspricht.

■ **Die Veränderung der Machtbalance nach 1996**

Nachdem sich die 'Regierung der Nationalen Einheit' auf ihrer großen parlamentarischen Mehrheit ausruhen konnte, war an eine effektive Oppositionsarbeit wegen der wenigen Oppositionsparteien, die bei den Wahlen zusammen nur ca. 6,5 Prozent der abgegebenen Stimmen und gerade 23 der insgesamt 400 Mandate erhalten hatten, im Sinne eines Einflusses auf die Gesetzgebung nicht zu denken. Relevante Opposition gegen den ANC konnte sich deshalb nur innerhalb der Koalitionsregierung durch den Dissens zwischen den Partnern der 'Regierung der Nationalen Einheit' artikulieren.

Der wachsende Dissens in der Regierungskoalition war schließlich Ergebnis einer Entwicklung, in der es dem ANC mit Hilfe seiner (einfachen) Mehrheit immer häufiger gelungen war, kritische Gesetzesvorhaben

in seinem Sinne zu steuern bzw. auch gegen die Stimmen der Koalitionspartner, und dabei vor allem gegen die Stimmen der National Party, zum Abschluß zu bringen. Dies führte zu erheblichen und mit der Zeit noch zunehmenden Frustrationen in der National Party, die im Rahmen der Kohabitation immer weniger Chancen sah, ihre eigenen politischen Vorstellungen erfolgreich einzubringen und umzusetzen.

Der Rückzug der NP aus der Regierung der nationalen Einheit

Im gleichen Maße, wie die Akzeptanz und das Ansehen des ANC wuchs, verlor die NP in den verschiedenen Koalitionsregierungen an politischem Gewicht. Gleichzeitig kamen immer mehr NP-Politiker zu der Überzeugung, daß beim Verbleiben der Partei in diesen Koalitionsregierungen in absehbarer Zukunft keine Chance bestand, von der Rolle des Juniorpartners in die des ‚Seniorpartners‘ zu wechseln; sondern daß die Partei stattdessen eher Gefahr lief, an klarem politischem Profil zu verlieren. Auf der Grundlage dieser Einschätzung der Lage kam die Mehrheit der NP-Parteiführung zu der Überzeugung, daß es angebracht sei, die ‚Regierung der Nationalen Einheit‘ nach Verabschiedung der neuen Verfassung im Parlament im Juni 1996 zu verlassen. An diesen Schritt war die Hoffnung geknüpft, als ‚echte Oppositionspartei‘ in Zukunft ihr Profil deutlicher machen zu können, um auf diesem Wege in verstärktem Maße unzufriedene (schwarze) Wähler des ANC für die NP zu interessieren und zur Stimmabgabe für die NP oder eine der anderen Oppositionsparteien zu bewegen. Zu dominant schien der ANC, als daß die Opposition die Regierungsarbeit nennenswert beeinflussen konnte. Viel größer schien die Gefahr, daß die NP eine Regierungspolitik mittragen mußte, welche bei ihren Anhängern und Wählern in keiner Weise populär war, so daß sie Gefahr lief, ihre Wähler an andere Oppositionsparteien zu verlieren. Den Befürwortern einer Beendigung der Kohabitation erschien die Option für eine an konservativen Werten orientierten, aber reformierten NP und ein Bündnis von Oppositionsparteien (unter Führung der NP) die allemal interessantere Alternative zum bis dahin aus Sicht der NP erfolglosen Modell der Kohabitation zu sein.

Chancen für mehr Opposition in den Provinzen?

Man war zu der Einschätzung gelangt, daß auf nationaler Ebene trotz des Anwachsens der parlamentarischen Opposition von 33 auf jetzt immerhin 115 Abgeordnete auf absehbare Zeit wenig Raum für eine konstruktive, an Erfolgen meßbare Oppositionsarbeit blieb. Die Situation in den Provinzen bot deshalb mehr Hoffnung auf zukünftige substantielle Oppositionsarbeit als jene im nationalen Parlament.

Viel günstiger erschien es, Wahlerfolge auf Provinzebene anzustreben, und Anstrengungen zu unternehmen, die dort vorhandenen *strongholds* der Partei zu stärken und schärferes Profil zu gewinnen, um im günstigsten Falle gemeinsam mit anderen Oppositionsparteien dem ANC von den Provinzen her Paroli bieten zu können. Obwohl das Wahlverhalten in den Provinzwahlen mit Blick auf die großen Parteien sich nur marginal von der Stimmabgabe für das nationale Parlament unterschied, zeigte sich deutlich, daß die verschiedenen politischen Parteien über unterschiedliche regionale Schwerpunkte verfügten, und vor allem, daß der ANC nicht in allen Provinzen eine uneingeschränkte Dominanz besaß.

Während die Wählerunterstützung des African National Congress zwar in immerhin vier Provinzen bei über 80 Prozent der abgegebenen Stimmen gelegen hatte, womit die Partei in diesen Provinzen in ihrer Führungsrolle zumindest vorläufig unantastbar schien, so war die Situation in anderen Provinzen für die Opposition günstiger.

In der Northern Cape-Provinz etwa, wo der ANC knapp unter 50 Prozent geblieben war und in der Western Cape-Provinz und in KwaZulu-Natal, wo der ANC noch nicht einmal 40 Prozent erreicht hatte und mit Stimmenanteilen von jeweils 33,3 und 32,1 Prozent deutlich unter den eigenen Erwartungen geblieben war, schienen Veränderungen der politischen Machtverhältnisse denkbar.

Vor allem mit Hilfe der National Party schien es der Opposition möglich, bei den nächsten Parlamentswahlen die folgenden Ziele zu erreichen:

- die Erhaltung oder den Ausbau der Mehrheit der oppositionellen Kräfte (NP, DP, ACDP, UDM u.a.) in der Western Cape-Provinz bzw. die Bildung einer Provinzregierung unter Ausschluß des ANC;

■ Provinzwahlergebnisse
1994

Parteien	KZN	W. Cape	N. Cape	Gauteng	Free-St.	Mpum.	North-W.	E. Cape	North. P.
	Prozent	Prozent	Prozent	Prozent	Prozent	Prozent	Prozent	Prozent	Prozent
ANC	32.23	33.01	49.74	57.60	76.65	80.69	83.33	84.35	91.63
IFP	50.32	-	-	3.66	-	-	-	-	-
Koalition	82.55	33.01	49.74	61.26	76.65	80.69	83.33	84.35	91.63
NP	11.21	53.25	40.48	23.88	12.59	9.00	8.84	9.83	3.27
FF	-	2.06	5.97	6.17	6.03	5.66	4.63	-	2.15
DP	2.15	6.64	1.87	5.32	-	-	-	2.05	-
PAC	0.73			1.47				2.04	
ACDP	0.67	1.20		0.61					
Sonstige	1.34								
Opp + NP	16.10	63.15	48.32	37.45	18.62	14.66	13.47	13.92	5.42

- die Herbeiführung eines Machtwechsels in der Northern Cape-Provinz zugunsten der Opposition bzw. einer von der NP geführten Koalitionsregierung unter Ausschluß des ANC;
- die Verhinderung einer Mehrheit für den ANC in Gauteng zugunsten einer Koalition unter Einschluß anderer Oppositionsparteien ;
- die Verhinderung einer absoluten Mehrheit für die IFP in KwaZulu-Natal zugunsten einer IFP-geführten Koalitionsregierung unter Einschluß anderer Oppositionsparteien.

■ Die Chancen der Oppositionsparteien

Nach dem Rückzug der National Party aus der 'Regierung der nationalen Einheit' sowie aus den verschiedenen Koalitionsregierungen in den Provinzen war eine total neue politische Situation entstanden. Der Regierung gehörten nach der Ablehnung von DP und PAC, statt der NP in sie einzutreten, mit dem ANC und der IFP zwei im wesentlichen die schwarze Bevölkerungsmehrheit repräsentierende Parteien an.

Nach dem Entschluß der NP zur Beendigung der Kohabitation mit dem ANC auf nationaler wie auf Provinzebene kam es in der Western Cape-Provinz zu einer Regierungsumbildung, bei welcher die dem ANC angehörenden Kabinettsmitglieder durch solche der DP und der ACDP ersetzt wurden. Nach der Bildung dieser bisher einzigen NP-geführten Provinzregierung schien die Northern Cape-Provinz das naheliegende nächste Ziel einer koordinierten Oppositionsstrategie, da sich die dortige ANC-geführte Provinzregierung nur noch auf eine Mehrheit von einer Stimme stützen konnte.

■ Die besondere Rolle der IFP

Die Lage der Opposition in Südafrika hatte sich also bereits gebessert, ohne daß die IFP sich dem Schritt der NP angeschlossen hatte, sondern vielmehr sowohl auf nationaler als auch auf Provinzebene in den jeweiligen Regierungen der Nationalen Einheit verblieben war. Das künftige Verhalten der IFP wird allerdings große Bedeutung für den Erfolg jeder koordinierten Oppositionsstrategie haben. Diese Strategie kann nämlich nur dann auch auf nationaler Ebene eine Veränderung der

■ Sitzverteilung in den Provinzparlamenten

Parteien	W. Cape	N. Cape	Gaut.	KZN	Free-St.	Mpum.	E. Cape	North-W.	North. P.	Total
ANC	14	15	50	26	24	25	48	26	38	266
IFP			3	41						44
Koalition	14	15	53	67	24	25	48	26	38	310
NP	23	12	21	9	4	3	6	3	1	82
FF	1	2	5		2	2		1	1	14
DP	3	1	5	2			1			12
PAC			1	1			1			3
ACDP	1		1	1						3
Sonstige				1						1
Op + NP	28	15	33	14	6	5	8	4	2	115
Total	42	30	86	81	30	30	56	30	40	425

Machtverhältnisse herbeiführen, wenn es der Opposition bei den nächsten Wahlen gelingen würde, den ANC aus mindestens vier Provinzregierungen zu verdrängen, um dann alle Gesetze, welche die Zustimmung von mindestens sechs Provinzen im NCOP erfordern, durch ein Veto verhindern oder beeinflussen zu können.

Für eine solche Strategie ist allerdings die Kooperation der IFP unabdingbar, denn es ist eher unwahrscheinlich, daß es den Oppositionsparteien gelingt, ohne die Hilfe der IFP, d.h. ohne KwaZulu-Natal, Parlamentsmehrheiten in vier Provinzen zu erringen.

Die IFP hat sich allerdings nicht – wie vielleicht von einigen NP-Politikern erhofft – zum Ausscheiden aus der Koalition mit dem ANC entschließen können; vielleicht nicht zuletzt deshalb, weil die IFP der NP immer noch vorwirft, sich mit dem ANC in den *Power Sharing*-Verhandlungen gegen die IFP verschworen zu haben. Nach dem Ausscheiden der NP erschien der IFP ein Verbleiben in der Koalitionsregierung sogar noch attraktiver als zuvor, da sich nun die Möglichkeit bot, noch stärker die eigene (neue) Rolle als ‘Opposition in der Koalition’, also als internes Korrektiv in der ANC-dominierten Regierung herauszustellen. Da das Image der IFP bei den eigenen Wählern durch ein Verbleiben in der Regierung keinen Schaden zu nehmen drohte, wie im Fall der NP, machte es für die IFP-Führung wenig Sinn, sich vor Ablauf der Legislaturperiode aus der vereinbarten Koalition zurückzuziehen.

Nach dieser Entscheidung der IFP richteten sich die Blicke der Strategen eines Machtwechsels in den Oppositionsparteien auf die Zeit vor und nach den nächsten Parlamentswahlen. Vielen politischen Beobachtern scheint angesichts der aktuellen Situation sowohl eine Zwei-Drittel-Mehrheit des ANC als auch eine Entwicklung nach dem Vorbild des zimbabweischen Präzedenzfalls, wo sich die ‘schwarze’ Oppositionspartei Joshua Nkomos in ein für sie schließlich fatales Bündnis mit der dominierenden Partei Robert Mugabes begeben und allen Einfluß verloren hatte, eine überaus bedrohliche Aussicht für die Zukunft des Parteiensystems in Südafrika zu sein. Aus diesem Grunde sind viele Oppositionspolitiker der Meinung, Voraussetzung für das Überleben eines demokratischen Mehrparteiensystems in Südafrika

sei, daß es bei den nächsten Parlamentswahlen gelinge, einer dauerhaften Marginalisierung der Opposition entgegenzuwirken und eine Zwei-Drittel-Mehrheit des ANC zu verhindern.

■ **Marginalisierung der Opposition?**

Eine dauerhafte Marginalisierung der Opposition zu verhindern scheint auf Basis des bisher Gesagten möglich, wenn es gelingt, alle oppositionellen Kräfte (Parteien, Bewegungen) zu einer gemeinsamen und abgestimmten Politik gegenüber dem ANC zu bewegen. Dabei müßte jedoch mit Blick auf das für die Opposition so wichtige Wählerpotential in den schwarzen Bevölkerungsgruppen der Eindruck vermieden werden, es finde ein *ganging up* gegen den ANC statt. Die Ergebnisse in manchen Provinzen haben gezeigt, daß die Opposition in einigen Provinzen Chancen hatte, dem totalen politischen Machtanspruch des ANC entgegenzutreten, und somit Möglichkeiten, in einigen Provinzen sowie in der Provinzkammer, dem National Council of Provinces (NCOP), ihre Stimme wirkungsvoll zur Geltung zu bringen.

Die Schwierigkeit liegt darin, alle Oppositionsparteien von der Notwendigkeit einer gemeinsamen Haltung gegenüber dem ANC zu überzeugen: Da ist einmal der bereits dargestellte Sonderfall der IFP, bei der möglicherweise gar kein Interesse besteht, in eine Kooperation mit Oppositionsparteien, zumal vor den Wahlen, einzutreten, weil sich durch eine solche Zusammenarbeit der Spielraum der Partei für die Zeit nach den Wahlen (z.B. Bündnis mit dem ANC) verringern würde.

Da ist aber auch der Führungsanspruch der NP, welcher lange Zeit die angestrebte Zusammenarbeit der Oppositionsparteien schon allein deshalb schwieriger macht, weil sich einige potentielle Kooperationspartner unter den Oppositionsparteien neuerlichen Umfrageergebnissen zufolge erhoffen können, vom Bedeutungsverlust der NP zu profitieren.

■ **Oppositionsb ndnisse vor Wahlen**

Vor allem dem neuen NP-Vorsitzenden Marthinus van Schalkwyk ging es zu Beginn der Erörterungen zwischen den Oppositionsparteien um ein sogenanntes Wahlbündnis von Oppositionsparteien unter Führung der NP.

	W. Cape	N. Cape	Gaut.	KZN	Free St.	Mpum.	N. West	E. Cape	North. P.	Total
ANC	2 (1)	3 (2)	3 (3)	1 (2)	4 (4)	4 (4)	4 (4)	5 (4)	6 (4)	60
IFP				3 (2)						5
Koalition	3	5	6	8	8	8	8	9	10	65
NP	3 (3)	2 (2)	1 (1)	1	1	1	1	1		17
FF		1	1		1	1	1			5
DP	1		1	1						3
Opp.	7	5	4	2	2	2	2	1	-	25
	10	10	10	10	10	10	10	10	10	90

■ Verteilung der Delegierten im National Council of Provinces (NCOP)

() = Sonderdelegierte

Er hielt diesen Ansatz für erfolgversprechend, weil er unterstellte, daß dem unzufriedenen ANC-Wähler bei den nächsten Parlamentswahlen eine 'ernsthafte' Alternative zum ANC angeboten werden müsse: eine Opposition, die glaubwürdig die Fähigkeit besitzt, auf die künftige Regierungspolitik Einfluß nehmen zu können. In einer Abschwächung dieses Ansatzes stimmte der NP-Vorsitzende später auch der Schaffung eines Gremiums zu, bestehend aus den Führern programmatisch verwandter Oppositionsparteien, die in diesem Rahmen gemeinsam und vor allem gleichberechtigt damit beginnen sollten, an einer gemeinsamen Wahlplattform für dieses Oppositionsbündnis zu arbeiten.

Dieses Angebot des offiziellen Oppositionsführers im Parlament muß auf dem Hintergrund der Tatsache gesehen werden, daß erst der Rücktritt von F.W. de Klerk als Parteivorsitzender der NP eine solche gleichberechtigte Zusammenarbeit hat möglich werden lassen, da der neue NP-Vorsitzende nach den zum Teil schlechten Ergebnissen in den verschiedenen Nachwahlen im Land für sich nicht mehr ernsthaft eine besondere Führungsrolle in einem solchen gemeinsamen Gremium der Parteiführer beanspruchen konnte.

Das Potential einer solchen Allianz unter Einschluß der jetzigen Regierungspartei IFP lag auf der Basis der letzten Wahlergebnisse auf nationaler Ebene allerdings nur bei etwa 35 Prozent und erschien den meisten Oppositionspolitikern als zu gering, um tatsächlich die Basis für eine ernsthafte Herausforderung des ANC darstellen zu können.

Die Frage, ob ein solches Wahlbündnis bei den nächsten Wahlen in der Lage sein würde, mehr als die bisher zusammen erreichte Unterstützung zu mobilisieren, mußte zweifelhaft bleiben, da dies wesentlich von der Einschätzung eines solches Wahlbündnisses durch den Wähler abhing.

Politische Analysten verwiesen auf die Tatsache, daß nur in einem Wahlkreissystem der organisierte Verzicht auf die Kandidatur mehrerer zugunsten eines gemeinsamen Oppositionskandidaten ein entscheidend besseres Wahlergebnis ermöglicht, indem der Gewinn des Mandats gegen einen sonst übermächtigen ANC-Kandidaten in einem Wahlkreis erwartet werden kann. In dem in Südafrika geltenden proportionalen Wahlsystem sei dies dagegen nicht der Fall.

Ob nämlich die einzelnen Oppositionsparteien Wählerstimmen getrennt oder im Bündnis zu gewinnen trachten, macht im Ergebnis in einem proportionalen Wahlsystem keinen Unterschied. Viel eher bestehe im Falle eines Wahlbündnisses sogar die Gefahr, daß das Oppositionsbündnis insgesamt weniger Stimmen mobilisiert, weil sich einzelne Wähler in einem gemeinsamen Wahlprogramm (kleinster gemeinsamer Nenner) nicht ausreichend wiederfinden und deshalb dem Wahlbündnis ihre Stimme verweigern. Auch die Hoffnung, daß ein solcher Effekt durch die wachsende Chance des im Vergleich größeren Wahlbündnisses, sich als alternative Regierung bzw. als aussichtsreicher Konkurrent um die Regierungsbildung darzustellen, überkompensiert würde, erscheint auf der Grundlage der aktuellen Umfragewerte einzelner Oppositionsparteien und des verbreiteten 'ethnischen Wahlverhaltens' eher zweifelhaft.

■ Die Entwicklung der Parteipreferenzen auf nationaler Ebene

Blickt man auf die aktuellen Umfragewerte bzw. den Trend in diesen Umfragen, so zeigt sich, daß

- die Regierungsparteien ANC und IFP gegenüber den Wahlergebnissen aus dem Jahre 1994 tendenziell an Unterstützung verlieren, wobei sich die Verluste des ANC in den letzten Monaten beschleunigen;
- die inzwischen in die Opposition gewechselte NP ebenfalls kontinuierlich an Unterstützung verliert, allerdings bei Werten um zehn Prozent stabil bleibt;
- ausgewählte Oppositionsparteien, darunter vor allem die bereits im Parlament vertretene DP, langsam aber stetig an Unterstützung gewinnen, wobei die DP der NP die Führungsrolle in der Opposition streitig zu machen droht;
- die meisten kleineren Oppositionsparteien kaum Zuwachs an Unterstützung vermelden können :
- der Anteil der unentschlossenen Wähler (*floating vote*) größer wird und ganz offensichtlich im wesentlichen zu Lasten der Regierungsparteien wächst.

Diese Trends mögen damit zusammenhängen, daß die Regierungsarbeit als Ganzes von einer wachsenden Zahl von ANC-Anhängern eher negativ bewertet wird, was die Regierungsparteien insgesamt Unterstützung

**Wählerumfragen 1994-97
(incl. Enthaltungen) in
Prozent**

Parteien	Wahl April '94	IDASA Nov. '95	IDASA Nov. '96	IDASA Nov. '97	IDASA Mar. '98	IDASA Sept. '98
ANC	62.6	64	61	58	54	51
NP	20.4	14	-	-	-	-
IFP	10.5	3	6	5	5	4
Regierung	93,5	81	67	63	59	55
NP	-	-	13	12	10	10
DP	1.7	2	2	3	5	7
UDM	-	-	-	4	5	2
FF	2.2	3	2	2	2	1
PAC	1.2	2	2	2	3	2
ACDP	0.5	<1	<1	<1	<1	<1
CP	-	1	1	<1	<1	<1
Azapo	-	<1	<1	<1	<1	<1
Sonstige	0,9	1	<1	<1	<1	<1
Opposition	6,5	11	22	25	25	24
Unentschlossene	-	8	11	12	16	21
Total	100,0	100	100	100	100	100

Quelle: IDASA, Opinion '99

gekostet hat. Der ANC ist in diesen Umfragen auf Unterstützungswerte in der Größenordnung um 50 Prozent abgefallen, wobei allerdings davon auszugehen ist, daß sich die Kategorie *undecided* (Unentschlossene) im wesentlichen aus diesen ANC-Verlusten speist.

Auch die IFP verzeichnet nach diesen landesweiten Wählerbefragungen einen deutlichen Rückgang an Wählerunterstützung gegenüber dem einstigen Wahlergebnis von 10,5 Prozent. Berücksichtigt man allerdings die Technik der Befragungen, welche die städtische Bevölkerung (Personen mit Schulbildung und Telefonanschluß) gegenüber der ländlichen Bevölkerung (Illiteraten ohne Telefonanschluß) tendenziell überrepräsentiert, so kann ein geringerer tatsächlicher Rückgang der Unterstützung für die IFP unterstellt werden.

Bedrohlich erscheint der Trend allerdings für die NP, welche immerhin nur noch über die Hälfte der Unterstützung verfügt, die ihr bei den letzten Wahlen noch über 20 Prozent der Stimmen gebracht hat. Dieser Trend erklärt sich auch durch den Umstand, daß andere Oppositionsparteien wie die DP und vor allem die UDM ihre Umfrageergebnisse zu Lasten der NP verbessern konnten.

Eliminiert man die Kategorie der jetzt noch unentschlossenen Wähler und verteilt sie anteilig auf die Parteien, so ergibt sich in etwa folgendes Bild:

Parteien	Marktd.		Wahl		Marktd.		Marktd.		Marktd.		Marktd.	
	Feb. '94	%-Anteil	April '94	%-Anteil	May '94	%-Anteil	'95	%-Anteil	'96	%-Anteil	'97	%-Anteil
ANC	69,4		62,7	71,3	65,5	63,0	67,5	61,2	57,0			
NP	16,9		20,0	16,3	17,2							
IFP	6,7		10,5	7,0	9,5	10,7	7,4	3,8	8,4			
Reg.			93,2	94,6	92,2	73,7	74,9	65,0	65,4			
NP						16,7	14,7	15,1	10,7			
DP	1,1		1,7	0,6	1,5	1,7	2,1	4,2	10,0			
UDM	-		-	-	-	-	2,1	7,8	6,5			
PAC	1,3		1,3	0,5	1,6	2,7	2,6	2,9	3,3			
FF/CP	2,2		2,2	3,0	4,0	4,3	2,9	3,6	2,6			
Sonst.	2,4		1,6	1,3	0,7	0,9	0,7	1,4	1,5			
Opp.			6,8	5,4	7,8	26,3	25,1	35,0	34,			
Total			100	100	100	100	100	100	100			

**■ Markdata-Umfragen
1994-98 (ohne
Enthaltungen)**

Quelle: Markdata, 1998

Die Unterstützung der Opposition ist von Werten deutlich unter zehn Prozent auf Werte über 35 Prozent gewachsen, allerdings ist gleichzeitig festzustellen, daß mit dieser Entwicklung auch eine Umgruppierung im Lager der 'traditionell weißen' Oppositionsparteien zu Lasten der NP stattgefunden hat.

Im Oppositionslager hat sich die Unterstützung für die kleineren Oppositionsparteien DP, FF und UDM zu Lasten der NP erhöht, ohne daß im Rahmen dieser Betrachtung dabei erhebliche Einbrüche in die ANC-Anhängerschaft gelungen wären. Allein die UDM scheint neben einigen enttäuschten NP-Wählern wohl auch einige schwarze ehemalige ANC-Sympathisanten für sich gewonnen zu haben.

Die seit Beginn 1997 abgehaltenen Nachwahlen auf kommunaler Ebene unterstreichen diesen Trend. Von diesen Nachwahlen bestritt die NP mit 96 die meisten und gewann dabei immerhin 51 von ihnen, wobei die Partei 27 bisherige Mandate verteidigte und 24 neue hinzugewann, davon 15 vom ANC und neun von anderen Parteien.

Der ANC beteiligte sich an 60 Nachwahlen, gewann davon 38, d.h. verteidigte 35 Sitze und gewann drei von der NP hinzu.

Die DP nahm nur an 13 Nachwahlen teil, gewann davon allerdings elf, davon allein neun Sitze von der NP.

Dieses Ergebnis unterstreicht den bereits gekennzeichneten Trend, daß die NP landesweit zwar die am umfassendsten präsente Partei ist, die auch als einzige in der Lage scheint, dem ANC Stimmen und Mandate abzurufen, die DP dagegen jedoch offensichtlich am meisten vom Bedeutungsverlust der NP profitiert, ihre Wählerbasis zu Lasten der NP ausweitet und kontinuierlich an Wählerunterstützung hinzugewinnt.

Dies wird auch durch Detail-Umfragen bestätigt, nach denen die DP den mit ihr sympathisierenden Anteil an der gutsituierten weißen städtischen Bevölkerung von 15,7 Prozent (1994) auf jetzt 24 Prozent steigern konnte, die NP dagegen im gleichen Wählersegment deutlich von 41,8 Prozent (1994) auf heute 30,9 Prozent zurückfiel.

Auch landesweit ist die Zustimmung zur DP im Wachsen begriffen. So zeigen die letzten Umfragen von Markdata, daß die DP Umfragewerte von bis zu zehn Prozent erreicht und im Begriff zu sein scheint,

die NP in der Rolle der größten Oppositionspartei abzulösen. Ebenso interessant erscheint die Tatsache, daß die neue UDM mit Werten um sechs bis sieben Prozent in der Popularität beim Wähler offensichtlich zur IFP aufgeschlossen hat.

Allerdings scheint uns die wichtigste Erkenntnis, die man aus diesen Umfrageergebnissen ablesen kann, die zu sein, daß auf nationaler Ebene nur geringe Möglichkeiten bestehen, eine umfassende Machtverschiebung zugunsten der Opposition herbeizuführen und daß dem Versuch der NP, durch den Wechsel ins Lager der Opposition an politischem Einfluß bzw. Wählerunterstützung zu gewinnen, kein Erfolg beschieden war.

■ **Oppositionsbündnisse nach Wahlen**

Realistischer erscheinen den meisten politischen Beobachtern dagegen heute Koalitionen von Oppositionsparteien auf Provinzebene. Auf diesem Wege könnten sicherlich in einigen südafrikanischen Provinzen regierungsfähige Mehrheiten ohne den ANC zustande gebracht werden.

Auf der Basis der jüngsten Meinungsumfragen halten einige Parteistrategen der Opposition es für möglich, eine absolute Mehrheit des ANC in mindestens vier Provinzen zu verhindern: in Western Cape, Northern Cape, KwaZulu-Natal und Gauteng. Dazu wäre es erforderlich, im Rahmen von Oppositionsbündnissen die bisher schon existierenden absoluten Mehrheiten für die NP im Western Cape und die IFP in KwaZulu-Natal zu stabilisieren und in Northern Cape und Gauteng im Rahmen von Oppositionsbündnissen neue Mehrheiten zu schaffen. Durch die Bildung von Koalitionsregierungen unter Ausschluß des ANC in den Provinzparlamenten, in denen der ANC weniger als 50 Prozent der Sitze hat, könnte auf die Politik einer neuen ANC-Zentralregierung, die im National Council of Provinces dann nicht mehr über die zur Durchsetzung bestimmter Gesetzesvorhaben notwendige Unterstützung von mindestens sechs der neun Provinzen verfügen würde, Einfluß genommen werden. Damit wäre das NCOP erstmals in der Lage, seine in der Verfassung vorgesehenen *countervailing powers* gegenüber der Zentralregierung auszuspielen. Blickt man auf die Wahrscheinlichkeit er-

folgversprechender Oppositionsbündnisse, so zeigt sich das in der Tabelle 'Parteipräferenzen nach Provinzen 1998' wiedergegebene Bild:

Western Cape Provinz

Nachdem die NP bei den letzten Wahlen in dieser Provinz mehr als 53 Prozent der Stimmen gegenüber nur etwa 33 Prozent des ANC und damit die absolute Mehrheit gewonnen hatte, sieht sich die Partei momentan mit katastrophalen Umfrageergebnissen konfrontiert. Die Umfragen (Markdata) zeigen, daß die Unterstützung für die NP auf Werte um 30 Prozent gesunken ist, ohne daß allerdings der Hauptrivale ANC von dieser Schwäche hätte profitieren können. Auch die Umfragewerte des ANC liegen mit 22,4 Prozent deutlich unterhalb des 1994 erreichten Wahlergebnisses. Gewinner ist die DP, die in den Umfragen auf Werte um die 20 Prozent kommt und damit ihr Wahlergebnis aus dem Jahr 1994 verdreifacht hat. Die DP konnte offensichtlich auch in der *Coloured Community* Zuwächse verzeichnen. Untersuchungen zeigen, daß die Unterstützung der DP in diesem Bevölkerungssegment von sieben Prozent im Jahre 1994 auf immerhin 17 Prozent gestiegen ist. Im Ergebnis bestätigen diese Umfrageergebnisse den bereits allgemein festgestellten Trend, daß eine wachsende Zahl von vor allem 'weißen' Wählern die NP in Richtung DP verlassen.

Die Tatsache, daß nicht der ANC sondern die DP von den Verlusten der NP zu profitieren scheint, mag damit zusammenhängen, daß der ANC seinen Anhängern in der Provinz mit dem 'farbigen' Aktivisten Ebrahim Rasool jüngst den vierten Landesvorsitzenden in nur vier Jahren präsentiert hat. Die hohen Umfrageergebnisse des PAC mögen das Ergebnis der wachsenden Unzufriedenheit ehemaliger ANC-Wähler sein, die nicht akzeptieren wollen, daß der ANC in dieser Provinz – zumal als Oppositionspartei – die Lebensumstände seiner Anhänger kaum beeinflussen konnte.

Die NP sah sich angesichts dieser Entwicklungen veranlaßt, den lange Zeit als starken Mann der Partei geltenden Provinzpremier HERNUS KRIEL durch einen 'farbigen' Politiker, den ehemaligen „MEC for Safety and Security“, Gerald MORKEL, zu ersetzen. Politische Beobachter werteten dies als ein Zeichen,

Parteien	W.Cape 1994	W.Cape 1998	N. Cape 1994	N. Cape 1998	Gauteng 1994	Gauteng 1998	KZN 1994	KZN 1998
	Prozent	Prozent	Prozent	Prozent	Prozent	Prozent	Prozent	Prozent
ANC	33,01	22,4	49,74	47,6	57,60	56,3	32,23	31,2
IFP	-	-	-	-	3,66	4,5	50,32	37,3
Koalition	33,01	22,4	49,74	47,6	61,26	60,8	82,55	68,5
NIP	53,25	30,2	40,48	33,7	23,88	10,5	11,21	10,3
FF	2,06	2,2	5,97	4,4	6,17	2,7	-	-
DP	6,64	20,4	1,87	9,9	5,32	15,8	2,15	12,9
PAC	14,0	1,47	2,4	0,73	0,7			
ACDP	1,20	1,1	0,61	0,67	0,6			
UDM	4,1	2,3	5,5	5,6				
Sonstige	0,3		1,34	0,8				
Opposition	63,15	72,0	48,32	50,3	37,45	37,2	16,10	30,9

■ Parteipreferenzen nach Provinzen 1998

Quelle: Markdata, 1998

daß sich die NP einer nochmaligen absoluten Mehrheit in der Provinz bei den nächsten Wahlen nicht mehr sicher sei. Nicht zuletzt aus diesem Grunde hatte noch der alte Provinzpremier Hernus Kriel die bis dahin existierende Große Koalition mit dem ANC beendet.

Im offensichtlichen Bestreben, der *coloured majority* in der Provinz, in der immerhin 57 Prozent der Wähler der Gruppe der *Coloureds* angehören, ein besonderes personelles Angebot zu machen, ist die NP dem ANC auch in der Wahl eines 'farbigen' Spitzenkandidaten für die nächsten Provinzwahlen gefolgt.

Die jetzigen Umfrageergebnisse würden unter bestimmten Bedingungen eine Fortsetzung der gegenwärtigen Koalitionsregierung aus NP, DP und ACDP nahelegen, die immerhin noch immer auf die Unterstützung von 51,6 Prozent der Wähler rechnen kann. In einer solchen Koalition hätte dann allerdings die DP mit zwei Fünftel der Stimmen ein wesentlich bedeutenderes Gewicht als in der Vergangenheit.

Northern Cape Provinz

Nachdem in dieser Provinz der ANC in den letzten Wahlen mit 49,72 Prozent der Stimmen knapp eine absolute Mehrheit verfehlt hatte, sah die Partei nach dem Rückzug der NP aus der Koalitionsregierung die einzige Chance darin, mit der Stimme der einzigen ins Provinzparlament gewählten DP-Vertreterin, Ethne Papenfus, eine gerade noch mehrheitsfähige Koalition zu bilden.

Die größte Oppositionspartei im Provinzparlament, die National Party (NP) mit ihren immerhin 40,5 Prozent, hat nach ihrem Rückzug aus der Regierung inzwischen aus der damaligen knappen Niederlage Konsequenzen gezogen und der etwa 50,4 Prozent umfassenden Mehrheit der 'farbigen' Bevölkerung des Northern Cape einen 'farbigen' Spitzenkandidaten, Pieter Saaiman, als Nachfolger des ehemaligen NP-Provinzführers Kraai van Niekerk beschert. Die aktuellen Umfragen deuten allerdings darauf hin, daß dadurch der Abstand zum ANC nicht wesentlich verringert werden konnte. Weiterhin bleibt der ANC in den Umfragen mit Werten um 47 Prozent die stärkste Partei in der Provinz, ihr folgen die NP

mit nur noch ca. 34 Prozent und eine mit fast zehn Prozent deutlich gestärkte DP.

Ob es der NP-geführten Opposition bei den nächsten Wahlen gelingen kann, den ANC aus der Regierungsverantwortung zu verdrängen, bleibt abzuwarten. Auf dem letzten Parteitag konnte sich trotz massiver Kritik an seiner Führung der ANC-Landesvorsitzende und wahrscheinliche nächste Spitzenkandidat der Partei, Manne Dipicio, noch einmal gegen seinen 'farbigen' Herausforderer Godfrey Oliphant durchsetzen. Ob Dipicio allerdings gegen einen 'farbigen' Gegenkandidaten der NP noch einmal so gut abschneiden wird wie beim letzten Mal, muß angesichts der wachsenden Kritik sogar in den eigenen Reihen bezweifelt werden.

Gauteng

In dieser Provinz erzielte der ANC bei den letzten Provinzwahlen noch einen Stimmenanteil von nahezu 58 Prozent und damit eine klare absolute Mehrheit, die oft dem Charisma des populären, inzwischen jedoch aus dem Amt geschiedenen (gedrängten) damaligen Spitzenkandidaten Tokyo Sexwale zugeschrieben wurde. Jüngste Umfragen von Markdata sehen den ANC nach den heftigen Auseinandersetzungen um die Nachfolge Sexwales und den kritischen Kommentaren zu seinem Nachfolger Mothela Mothseka in der Provinz immer noch bei knapp 56 Prozent.

Dagegen hat sich die Unterstützung der NP in der Heimatprovinz des NP-Dissidenten Roelf Meyer seit den letzten Wahlen, als sie das respektable Ergebnis von gut 24 Prozent erzielte, inzwischen dramatisch verringert, ja nahezu halbiert und steht nach den Umfragen jetzt bei nur noch knapp zehn Prozent.

Enorm hinzugewonnen haben sowohl die DP, die ihren Stimmenanteil von etwas mehr als fünf Prozent auf immerhin mehr als 15 Prozent erhöhen konnte, als auch die UDM, die nach dem überraschenden Übertritt des Nachfolgers von Meyer als NP-Vorsitzender in Gauteng, Sam de Beer, ebenfalls zur UDM auf Umfragewerte von mehr als fünf Prozent kommt.

In der Tendenz scheinen beide Gruppierungen ihre Unterstützung in der Bevölkerung der Provinz allein zu Lasten der NP auszubauen, was die politische Großwetterlage in der wichtigsten Provinz Südafrikas noch nicht entscheidend verändern konnte. Sollte es

allerdings der UDM gelingen, eventuell weitere Sympathisanten der NP bzw. des ANC abzuwerben, könnte sich die Möglichkeit einer Minderheitenkoalition der bisherigen Oppositionsparteien NP, DP, UDM bieten. Jedoch würde dies nach der Spaltung der NP durch die Gründung der UDM eine Versöhnung zwischen diesen beiden Parteien zur Voraussetzung haben.

KwaZulu-Natal

Nachdem die IFP in den letzten Wahlen in dieser Provinz mit 50,3 Prozent noch eine wenn auch knappe absolute Mehrheit errungen und, gemäß der allgemeinen Praxis, mit dem ANC (32 Prozent) eine Koalitionsregierung gebildet hatte, deuten neuere Umfragen darauf hin, daß sich die Situation auch in dieser Provinz verändert hat. Letzte Umfrageergebnisse zeigen, daß die IFP ihre bisherige absolute Mehrheit in KwaZulu-Natal zu verlieren droht. Mit 37,3 Prozent verfügt die IFP nicht mehr über die bisherige herausragende Position in der Provinz und liegt in den Umfragen nur noch um gut fünf Prozent vor dem ANC, der Umfrageergebnisse von über 30 Prozent erreicht. Auch wenn diese Erhebungen kein genaues Bild von der augenblicklichen Unterstützung der IFP durch die Wähler ihres Stammlandes geben sollten, da die IFP, wie bereits betont, im wesentlichen als eine Partei der ländlichen Zulu-Bevölkerung der Provinz gilt, zeigt sich allerdings auch auf der Basis dieser wenigen Befragungen die Gefahr, daß die Partei bei den kommenden Wahlen tendenziell mit Stimmenverlusten rechnen muß.

Die Pattsituation zwischen den gegenwärtigen Koalitionspartnern macht eine Neuauflage der IFP-ANC-Koalition wahrscheinlich, wiewohl bekannt ist, daß sowohl die NP, die in ihrer Bedeutung in der Provinz etwa gleich geblieben ist, als auch die DP, die ihren Stimmenanteil von 2,4 Prozent im Jahre 1994 auf immerhin über zwölf Prozent erhöhen konnte, Interesse hätten, als Partner in eine IFP-geführte Koalition unter Ausschluß des ANC einzutreten. Zum jetzigen Zeitpunkt läßt sich die IFP auf solche Diskussionen noch nicht ein und bereitet erst einmal ihren Spitzenkandidaten auf die anstehenden Provinzwahlen vor.

Nachdem der ANC in einer Kampfabstimmung den bisherigen MEC für Verkehr, Sibusiso Ndebele, zum Nachfolger Jakob Zumas an die Spitze des ANC-Landesverbands gewählt hat, spricht vieles für ein Wahlkampfduell zwischen Dr. Ben Ngubane und seinem Kabinettsmitglied Ndebele.

IFP-Führer Chief M. Buthelezi äußerte sich zu den Umfrageergebnissen, wenn überhaupt, kritisch und verwies auf die bisherigen Erfahrungen mit Befragungsergebnissen dieser Art, vor allem in 'seiner' Provinz. Gleichzeitig gibt ihm diese Kritik die Möglichkeit, sich der Frage, ob er eine Koalition mit den Oppositionsparteien einer solchen mit dem ANC vorziehen werde, mit dem Hinweis auf die erwartete erneute Gewinnung einer absoluten Mehrheit durch seine Partei vorläufig zu entziehen.

Insgesamt ist festzustellen, daß sich die Dominanz des ANC in diesen vier Provinzen zwar relativiert hat, jedoch ohne daß sich daraus für die Partei viele neue Koalitionszwänge ergeben hätten:

- In der Western Cape-Provinz scheint die jetzige Koalition aus NP, DP und ACDP nach den Umfragen weiterhin stabil zu sein.
- In KwaZulu-Natal hält die IFP, wenn auch geschwächt, die Stellung als stärkste politische Kraft und kann sich nach den nächsten Wahlen wohl den Koalitionspartner aussuchen.
- In der Northern Cape-Provinz scheint ein Regierungswechsel möglich, wenn sich die DP nach den nächsten Provinzwahlen gegen eine Koalition mit dem ANC bzw. für eine mit der NP entscheiden sollte.
- In Gauteng dominiert weiterhin der ANC, wobei die Notwendigkeit, eine Koalition bilden zu müssen, für die Zeit nach den nächsten Wahlen nicht gänzlich ausgeschlossen werden kann.

In den fünf übrigen Provinzen scheint die Spitzenposition des ANC wenn auch geschwächt so doch ungefährdet zu sein, liegen doch die Umfrageergebnisse der Partei dort überall bei Werten zwischen 70 und 80 Prozent.

Parteien	Northern Prov.	Eastern Cape	North-West	Mpumalanga	Free State
ANC	71,0	73,0	73,8	77,4	79,2
IFP	-	0,3	0,4	0,7	-
Koalition	71,0	73,3	74,2	78,1	79,2
NP	6,5	3,8	5,8	11,3	7,1
FF	0,8	-	3,0	2,6	4,4
DP	1,8	5,2	3,4	5,1	6,0
PAC	7,7	3,5	0,2	1,1	
ACDP	0,7				
UDM	11,9	14,3	2,5	3,0	0,9
Sonstige	7,8				
Opposition	28,7	26,8	23,4	22,0	19,5

Wesentliche Abweichungen von den letzten Wahlergebnissen gibt es vor allem in der Eastern Cape-Provinz, aus der die beiden Protagonisten der neuen UDM, Bantu Holomisa und Roelf Meyer, stammen und in der die neue Partei immerhin auf Umfragerwerte von fast 15 Prozent kommt. Damit ist die UDM zur mit Abstand stärksten Oppositionsgruppierung im Eastern Cape geworden.

Ähnlich große Zuwächse verzeichnet die Partei auch in der Northern Province, wo sie auf Umfragerwerte von nahezu zwölf Prozent kommt. Auch in dieser Provinz scheint diese neue Partei der NP den Rang als größte Oppositionspartei abgelaufen zu haben.

■ Eine Zwei-Drittel-Mehrheit für den ANC?

Die Sorge der südafrikanischen Öffentlichkeit wegen der Möglichkeit einer Zwei-Drittel-Mehrheit der ANC-Allianz aus ANC-COSATU-SACP wurde zuerst durch Presseerklärungen von ANC-Politikern geweckt, die eine solche Mehrheit für die kommenden Parlamentswahlen auf dem letzten Parteitag im Dezember 1997 zum prioritären Ziel erklärt hatten.

Wiewohl es in der Natur einer Wahlauseinsetzung liegt, daß man sich als politische Partei bestrebt zeigt, so viele Stimmen wie möglich zu bekommen, so skeptisch zeigten sich politische Beobachter mit Blick auf die wahren Intentionen der ANC-Vertreter, die diese Zielsetzung propagierten. Einigen Beobachtern schien das Streben nach unkontrollierbarer politischer Macht im Wege einer überwältigenden und die Verfassung möglicherweise zur Disposition stellenden Mehrheit im nächsten Parlament die Basis für diese Presseerklärungen gewesen zu sein.

Immer wieder hatten sich in der Vergangenheit radikale Vertreter der Allianzpartner des ANC mit bestimmten Verfassungskompromissen unzufrieden gezeigt und auf die zukünftige Möglichkeit der 'Weiterentwicklung' der Verfassung hingewiesen. Dies geschah mit dem klaren Ziel, bestimmte, angeblich die rasche und erfolgreiche Transformation der südafrikanischen Gesellschaft behindernde Verfassungsartikel zu verändern oder zu streichen. Bei diesen Artikeln standen vor allem die *Property Clause* als auch bestimmte Regelungen in Zusammenhang mit von der Regierung unabhängigen Institutionen der Justiz bzw. der Zivilgesellschaft im Vordergrund.

Vertreter der Oppositionsparteien warfen vor allem SACP- und COSATU-Mitgliedern vor, daß sie eine Zwei-Drittel-Mehrheit nutzen wollten, den in langen CODESA-Verhandlungen errungenen Verfassungskompromiß in Frage zu stellen und damit eine neue politische Ordnung anzustreben. Auf diesem Hintergrund fand ein solches Wahlziel des ANC sofortige kritische Würdigung durch die Opposition.

■ Demographische Entwicklungen in S dafrika

Bedenkt man die Wahrscheinlichkeit einer solchen Zwei-Drittel-Mehrheit, gilt den Kommentatoren u.a. die zukünftige demographische Entwicklung des Landes, d.h. eine deutliche Zunahme des Anteils der schwarzen Wähler, als ein Faktor, der ihr Zustandekommen begünstigen könnte. Wichtigstes Merkmal der 1995 auf rund 43,8 Millionen geschätzten Gesamtbevölkerung ist dabei deren Zusammensetzung aus vier ethnischen Hauptgruppen:

Bevölkerungsgruppen	1993	1994	1995	Anteil	Zunahme 1991-1995 in Prozent
'Schwarze'	30,04	30,75	31,46	76,3	9,9
'Weisse'	5,16	5,19	5,22	12,7	2,7
'Coloureds'	3,41	3,41	3,50	8,5	5,9
'Asians'	1,02	1,04	1,05	2,5	5,7
Total	39,63	40,44	41,24	100	8,5

■ Bevölkerungsentwicklung S dafrikas (in Mio.)

Quelle: South Africa Survey 1997/98, S.96

Die Übersicht läßt erkennen, daß sich der Anteil der schwarzen Bevölkerungsmehrheit in Südafrika weiter vergrößern wird. Die weiße Minderheit wächst dagegen nur geringfügig und wird darüber hinaus

voraussichtlich noch durch Emigration geschwächt werden.

Bei gleichbleibenden Parteipräferenzen dieser Bevölkerungsgruppen führt dies zwangsläufig auch zu einem proportionalen Anwachsen der Wählergruppen, aus denen sich die Anhänger des ANC rekrutieren.

Untersuchungen aus dem Jahre 1998 zur Parteipräferenz der verschiedenen Bevölkerungsgruppen ohne die Berücksichtigung sogenannter unentschlossener Wähler zeigen interessante Ergebnisse:

Parteipräferenzen nach Bevölkerungsgruppen, Juli 1998 (in Prozent)

	African	Coloured	Asian	White	Total
ANC	72,9	29,6	19,4	2,6	57,0
NP	3,5	42,4	31,4	24,6	10,7
IFP	10,5	1,2	0,7	4,0	8,4
DP	0,8	17,7	32,4	46,0	10,0
UDM	7,0	4,4	10,1	4,9	6,5
PAC	4,1	1,4	2,0	0,5	3,3
FF /CP / AWB	-	0,3	-	16,2	2,6
ACDP	0,2	-	-	0,9	0,2
Sonstige	1,2	3,1	4,2	0,4	1,3
Total					100

So scheinen die 'schwarzen' Wähler wieder mehrheitlich den 'schwarzen' Parteien ANC, IFP und PAC zuzuneigen. Allein die UDM kann hier Achtungserfolge vermelden, die Bedeutung der 'weißen' Parteien NP, DP und FF ist nicht nennenswert. In der 'farbigen' Bevölkerung, die vor allem für die Kapprovinsen von Bedeutung ist, verfügt die NP weiterhin über mehrheitliche Zustimmung, wobei ihr allerdings der ANC auf den Spuren bleibt. Die DP kann als dritte Kraft immerhin noch achtbare Sympathiewerte verzeichnen. Die 'asiatischen' Wähler, die vor allem für die Provinz KwaZulu-Natal Bedeutung haben, verteilen ihre Sympathie etwa zu gleichen Teilen auf die NP und DP, was mit Blick auf die Trends zwischen 1994 und 1997 überrascht. Vor allem hätte man erwartet, daß die IFP in diesem Wählersegment besser abschneiden würde.

Eklatant erscheint inzwischen die Dominanz der DP in der 'weißen' Bevölkerungsgruppe. Immerhin sympathisieren 46 Prozent dieser Wählergruppe mit der DP, nur noch knapp 25 Prozent mit der NP, dagegen immerhin wieder mehr als 15 Prozent mit den rechts von der NP angesiedelten Parteien FF/CP.

Untersuchungen von IDASA zeigen jedoch in allen Bevölkerungsgruppen auch einen wachsenden Anteil unentschlossener Wähler.

	Africans			Whites			Coloureds			Indian		
	1994	1997	1998	1994	1997	1998	1994	1997	1998	1994	1997	1998
ANC	75	51	46	1	<1	1	28	25	8	24	10	6
NP	2	1	1	48	19	5	53	28	19	48	21	11
IFP	6	4	3	4	2	<1	0	0	0	0	1	0
FF	0	0	0	14	6	2	0	<1	0	0	0	0
DP	<1	<1	<1	7	4	6	1	1	2	0	1	0
PAC	2	2	2	0	0	0	1	0	<1	0	0	0
UDM	-	2	1	-	0	1	-	-	<1	0		
Keine Angaben	<1	<1	<1	6	<5	<1	2	2	<1	8	4	<2
Andere	3	2	<1	5	3	<1	2	<1	<1	<2	0	0
Indep.	11	37	47	15	62	84	12	44	70	19	63	82

■ Parteipreferenzen nach
Bevölkerungsgruppen,
Oktober 1996 (in Prozent)

Quelle: Idasa, Opinion '99

- Die 'schwarzen' Wähler (*Africans*) sind nach diesen jährlich durchgeführten Befragungen im Laufe der Jahre immer stärker (von 75 Prozent auf 46 Prozent) von der engen Bindung an den ANC abgerückt und sehen sich stattdessen in wachsendem Maße als 'unentschlossene Unabhängige' (*Independants*).
- Die 'weißen' Wähler sind gleichzeitig sogar in noch wesentlich stärkerem Umfang von der NP (von 48 Prozent auf fünf Prozent) und der FF (von 14 Prozent auf zwei Prozent) abgerückt. Der Anteil 'unentschlossener Unabhängiger' wird nach den Umfragen in dieser Gruppe im Jahre 1998 bereits mit über 80 Prozent beziffert.
- Die 'farbigen' Wähler (*Coloureds*) haben sich ebenfalls sowohl aus einer engeren Beziehung zum ANC (von 28 Prozent auf acht Prozent) als auch aus der früher nahezu exklusiven Bindung an die NP (von 53 Prozent auf 19 Prozent) gelöst, wobei der Anteil der 'unentschlossenen Unabhängigen' in dieser Wählergruppe sich ebenfalls stetig vergrößert. Allerdings liegt die Unterstützung des ANC heute wieder in etwa bei den 1994 festgestellten Werten, die NP allerdings deutlich darunter.
- Die 'Indians' zeigen inzwischen eine ähnlich hohe Verunsicherung wie die weiße Bevölkerungsminorität, indem sich 1998 ebenfalls mehr als 80 Prozent dieser Bevölkerungsgruppe als 'unentschlossene Unabhängige' einschätzten. Bei den Indern haben die beiden größten Parteien, ANC und NP, etwa gleich hohe Verluste an eindeutiger Unterstützung zu verzeichnen, wobei sich die Sympathiewerte für die NP bei etwas mehr als zehn Prozent, die des ANC bei nur etwa fünf Prozent liegen.

Aus dem vorliegenden Zahlenmaterial über das generelle Schwinden von Parteibindungen kann also nicht geschlossen werden, daß sich die Gefahren einer einseitigen Begünstigung der mehrheitlich 'schwarzen' Parteien durch die relative Zunahme der Anzahl schwarzer Wähler relativieren.

Blickt man schließlich auf die Entwicklung der Stammwählerstrukturen der Parteien in den letzten Jahren, so zeigt sich, daß neben dem PAC sowohl der ANC als auch die IFP weiterhin am ehesten, wenn auch in schwindendem Maße, von einem Ansteigen

des schwarzen Anteils der Wahlbevölkerung profitieren werden.

Interessante Erkenntnisse bieten auch jüngst durchgeführte Befragungen zur Zusammensetzung und Veränderung der Stammwählerschaft der verschiedenen Parteien. Die Ergebnisse der Befragung bestätigen die Vermutung, daß sich die Stammwählerstrukturen der verschiedenen Parteien, mit wenigen Ausnahmen kaum verändern. Allerdings erscheinen diese Ausnahmen bemerkenswert. So zeigen die Umfragen etwa, daß der Anteil der 'weißen' Stammwähler der IFP von Werten um etwa zehn Prozent auf Werte knapp über sechs Prozent im Abnehmen begriffen ist. Gleichzeitig wächst tendenziell der Anteil der 'schwarzen' und *coloured* Stammwähler der National Party auf Werte von immerhin 10,8 Prozent und 36,3 Prozent. Ein ähnlicher Trend zeigt sich auch bei der DP, deren Anteil an 'schwarzen' Stammwählern, glaubt man diesen Umfragewerten, von 3,1 Prozent im Jahre 1994 inzwischen auf immerhin 24,2 Prozent gestiegen ist.

■ **Wählerregistrierung und Wahlbeteiligung**

Ein letzter Punkt, welcher unter Umständen erheblichen Einfluß auf die Chancen einzelner (Oppositions-)Parteien bzw. auf das Wahlergebnis als ganzes haben wird, ist bei den kommenden Wahlen die Notwendigkeit zur Registrierung aller Wahlberechtigten in einer offiziellen Wahlliste.

Im Gegensatz zu den letzten Parlamentswahlen, in denen praktisch alle auf Dauer in Südafrika lebenden Personen an einem Ort ihrer Wahl ihre Stimme abgeben durften, sieht das vor kurzem verabschiedete neue Wahlgesetz für die kommenden Parlamentswahlen die Erstellung einer Wahlliste vor, in die sich alle Staatsbürger Südafrikas mit Hilfe von neu ausgestellten speziellen Ausweispapieren (*bar-coded IDs*) am jeweiligen Wohnort eintragen müssen. Da viele 'weiße' Wahlberechtigte heute noch nur über alte Ausweispapiere der Apartheidära verfügen, sehen sich diese Wähler veranlaßt, sich jetzt kurzfristig neue Ausweispapiere zu verschaffen, um die gesetzlichen Anforderungen an die Registrierung im Wahlregister zu erfüllen. Da Umfragen zufolge nahezu fünf Millionen überwiegend 'weiße' Wahlberechtigte

**■ Stammw hlerstrukturen
der Parteien (in Prozent)**

	ANC			IFP			PAC		
	1994	1995	1997	1994	1995	1997	1994	1995	1997
African	94.3	94.4	94.6	88.1	95.4	92.6	93.9	100.0	100.0
White	0.2	1.3	0.1	11.9	4.6	6.6	—	—	—
Coloured	4.3	3.7	4.8	—	—	—	6.1	—	—
Indian	1.0	0.6	0.6	—	—	0.8	—	—	—
Befragte	1159	927	1357	105	130	130	33	59	48

	NP			DP			FF		
	1994	1995	1997	1994	1995	1997	1994	1995	1997
African	7.8	8.2	10.8	3.1	21.7	24.2	—	—	—
White	52.2	58.6	44.8	87.5	60.9	66.7	100.0	100.0	96.6
Coloured	31.1	31.4	36.3	9.4	17.4	6.1	—	—	3.4
Indian	8.9	1.8	8.0	—	—	3.0	—	—	—
Befragte	603	299	253	61	30	27	80	35	35

Quelle: IDASA, 1998, S.18f.

bis heute nicht über die notwendigen Ausweispapiere verfügen, welche allein sie zur Registrierung qualifizieren, die Registrierung jedoch im Februar enden soll, haben sowohl die NP als auch die DP eine Verfassungsbeschwerde gegen diese vom ANC im Parlament mit Macht durchgesetzte Regelung eingelegt.

Bei einer ersten Runde zur Registrierung der Wähler in den verschiedenen Provinzen Anfang Dezember 1998 hat sich erst ein kleiner Teil der Wahlberechtigten registriert:

Provinzen	Wahlberechtigte	Registrierte	Prozent-Anteil
Gauteng	5 689 764	2 008 550	35,1
Northern Province	2 813 090	1 065 564	37,8
Mpumalanga	1 738 958	648 214	37,2
Northern Cape	560 199	210 809	37,6
North-West	2 212 077	685 996	31,0
Western Cape	2 800 462	728 692	26,0
KwaZulu-Natal	5 494 433	1 543 196	28,0
Free State	3 863 139	682 861	17,7
Eastern Cape	3 963 139	1 202 754	30,4
Total	26 959 490	8 776 636	32,6

**Stand der Wählerregistrierung
(Stand: 15.12.1998)**

Quelle *Sowetan* v. 15.12.1998

Zwei weitere Registrierungsphasen sind für Januar und Februar angekündigt. Erstaunlich erschien Beobachtern die Tatsache, daß im Rahmen der ersten Registrierungsphase sich mehr Frauen (4,9 Millionen) als Männer (3,8 Millionen) registrieren ließen, enttäuschend verlief dagegen bisher die Registrierung der Jungwähler im Alter von 18 bis 22 Jahren, die sich nur zu einem geringen Prozentsatz (weniger als zehn Prozent) registrieren ließen.

Neben der Frage nach dem Umfang der Registrierung von Wahlberechtigten in unterschiedlichen Wählerschichten spielt dann natürlich auch noch der Umfang der Wahlbeteiligung dieser schließlich wahlberechtigten südafrikanischen Staatsbürger eine entscheidende Rolle für den Ausgang der nächsten Parlamentswahlen.

Untersuchungen von IDASA haben gezeigt, daß Anhänger der verschiedenen Parteien in unterschiedlichem Maße daran interessiert sind, an den kommenden Wahlen teilzunehmen.

■ Wahlintentionen der Parteien (in Prozent)

	ANC	NP	DP	IFP	UDM	PAC	FF	unabhängige
Sehr wahrscheinlich	67	45	68	32	51	71	66	23
Wahrscheinlich	21	32	20	40	29	16	11	12
Unsicher	9	12	7	19	7	11	13	28
Unwahrscheinlich	4	12	5	9	13	3	10	37

Quelle: IDASA, Opinion '99

Die Ergebnisse zeigen, daß der ANC neben der DP und dem PAC über eine hoch motivierte Anhängerschaft verfügt, die zu über 80 Prozent entschlossen ist, ihrer Partei bei den nächsten Wahlen den Rücken zu stärken, während Anhänger der IFP und NP sich zur Frage ihrer Stimmabgabe noch zurückhaltend äußerten.

Interessant sind die Ergebnisse, wenn man sie in einen Kontext stellt und das Wahlergebnis unter der Bedingung, daß sich nicht nur die 'sehr wahrscheinlichen' (1) und die 'wahrscheinlichen' (2), sondern auch noch die 'unsicheren' (3) Wahlberechtigten an der Wahl beteiligen, hochrechnet.

IDASA kommt zu folgenden Schätzungen:

■ Wahlprognose in Abhängigkeit von der Wahlbeteiligung (in Prozent)

	„low turnout“ (1) (55Prozent)	„moderate turnout“ (2) (75Prozent)	„high turnout“ (3) (85Prozent)
ANC	64	60	56
IFP	2	4	4
NP	9	11	10
DP	9	8	8
UDM	2	2	2
PAC	2	2	2
AZAPO	1	<1	<1
ACDP	1	1	1
FF	1	1	1
CP	<1	<1	<1
Sonstige	<1	<1	<1
Unentschieden	9	9	14

Quelle: IDASA, Opinion '99

Die Ergebnisse zeigen, daß eine hohe Wahlbeteiligung, d.h. eine hohe Mobilisierung der südafrikanischen Wähler über alle Parteigrenzen hinweg, den Oppositionsparteien nützt; es könnte dazu beitragen, daß dem ANC eine Zwei-Drittel-Mehrheit nicht reicht. Diese Einschätzung berücksichtigt, daß die Anhänger des ANC höher motiviert sind, unter allen Umständen ihre Stimme abzugeben, während die Anhänger der Oppositionsparteien in ihren Wahlintentionen noch stark schwanken.

■ **Eine Neuauflage der Kohabitation ?**

Neben demographischer Entwicklungen und der Veränderung von Wählerpräferenzen zugunsten bestimmter Parteien wird die unmittelbare Zukunft des südafrikanischen Parteiensystems wegen der überrasgenden Rolle, welche die ANC-Allianz spielt, am ehesten von der Stabilität oder Instabilität der ANC-Allianz beeinflusst werden. Nur aus dem großen Wählerreservoir dieser Allianz können Wählerwanderungen gespeist werden, welche die Stärke der Opposition und damit die Machtverteilung im Land auf Dauer beeinflussen bzw. grundlegend verändern könnten. Die Frage, ob, wann und in welcher Weise sich die ANC-Allianz spalten könnte, ist deshalb kontinuierlich Gegenstand vielfältiger Spekulationen. In der jetzigen Situation, so die Meinung der meisten politischen Beobachter, ist eine Spaltung der ANC-Allianz nicht wahrscheinlich. Bisher ist es der ANC-Parteiführung immer noch gelungen, die zeitweise auseinanderstrebenden Allianzpartner COSATU und SACP immer wieder auf eine politische Linie zu bringen. Als erfolgreichste Methode galt der Parteiführung die 'personelle Einbindung' von bestimmten Vertretern der Allianzpartner in verantwortungsvolle Positionen in der Partei bzw. der Regierung.

■ **Eine neue 'Regierung der nationalen Einheit' ?**

Nicht ganz auszuschließen ist die Möglichkeit einer Wiederbelebung des ursprünglichen Konzepts einer mehr als den ANC und die IFP umfassenden 'Regierung der Nationalen Einheit'. Es gibt Anzeichen dafür, daß im Falle einer weiteren krisenhaften Verschlechterung der politischen Lage in der Region (Kongo-Konflikt, Lesotho-Krise) sowie einer weiteren Stagnation der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Südafrikas dem ANC an einer 'Mobilisierung aller politischen Kräfte' des Landes gelegen sein könnte, nicht zuletzt, um von dem Scheitern der eigenen Entwicklungsanstrengungen abzulenken. Dies wäre sicherlich eine Alternative, die ein Krisenszenario zur Voraussetzung hätte, welches viele politische Beobachter nicht für wahrscheinlich halten. Allerdings haben die wirtschaftspolitischen und fi-

nanzwirtschaftlichen Erschütterungen der letzten Wochen gezeigt, wie stark ein Land wie Südafrika in Mitleidenschaft gezogen werden kann, und es ist nicht vollends auszuschließen, daß die weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes zu weiter sich verringerndem Wachstum und sinkender Beschäftigung führen kann. Eine Zuspitzung der sozialen Krise des Landes mit ausufernder Kriminalität, wachsender Korruption und dem Zusammenbruch des demokratischen politischen Diskurses könnte eine solche Einbindung aller demokratischen Kräfte notwendig werden lassen.

■ Ein Regierungsbündnis zwischen ANC und IFP ?

Allerdings erscheint vielen eine Wiederauflage des jetzigen Regierungsbündnisses zwischen dem ANC und der IFP als die wahrscheinlichste Lösung. Sie unterstellt, daß der wahrscheinliche Nachfolger Nelson Mandelas im Amt des Staatspräsidenten, Thabo Mbeki, dem IFP-Führer Buthelezi nach den nächsten Parlamentswahlen ein Angebot zur Fortsetzung der jetzigen Regierungskoalition machen wird. Dies wird um so eher der Fall sein, wenn es dem ANC nicht gelungen sein wird, das von einigen radikalen Kräften gesetzte Wahlziel einer Zwei-Drittel-Mehrheit zu erringen. In einem solchen Fall böte die Fortsetzung der Koalition mit der IFP dem neuen Präsidenten und ANC-Vorsitzenden zahlreiche Vorteile. So würde es Mbeki mit dem Angebot, die IFP als Koalitionspartner in eine neuerliche Koalitionsregierung aufzunehmen, erleichtert,

- die ‘Weiterentwicklung’ der südafrikanischen Verfassung mit Hilfe der IFP und der damit sichergestellten Zwei-Drittel-Mehrheit einfacher und weniger kritisiert bewerkstelligen zu können sowie
- den radikaleren Kräften in seiner eigenen Partei die Fortsetzung einer eher konservativen Wirtschaftspolitik (auch) als Zugeständnis an den konservativen Koalitionspartner IFP plausibel machen zu können.

Auch würde es Mbeki mit dem wahrscheinlich notwendigen Angebot, den IFP-Führer Buthelezi zum Vizepräsidenten zu machen, erleichtert,

- sich Konkurrenten in der eigenen Partei mit dem Hinweis auf die dem Koalitionspartner zustehende partizipative Vertretung in Ämtern (Vizepräsidentenamt) und partizipativer Verantwortung in politischen Entscheidungen (Politikrücksichten) sowie 'vom Leib zu halten' sowie
- mit Blick auf die Zeit nach Buthelezi die IFP-Anhänger an eine enge Zusammenarbeit mit dem ANC zu gewöhnen und damit auf eine zukünftige Vereinigung der beiden Parteien (Modell Simbabwe) bzw. zumindest auf eine zukünftige vermehrte Stimmenabgabe für den ANC vorzubereiten.

Neben Vorteilen für Mbeki böte eine Fortführung der Regierungskoalition zwischen dem ANC und der IFP auch dem IFP-Führer Buthelezi und seiner Partei Vorteile:

- Buthelezi könnte durch eine Weiterführung der Koalition seiner Partei mit dem ANC über 1999 hinaus weiterhin entscheidenden Einfluß auf die Regierungspolitik in Südafrika nehmen. Ob ihm dabei sogar das Amt des Vizepräsidenten angeboten würde, wäre unter diesem Aspekt zweitrangig, würde allerdings der ihm von politischen Kommentatoren oft unterstellten Eitelkeit in solchen Fragen entgegenkommen. Der IFP-Führer hat sich inzwischen sicher damit abgefunden, daß er in Südafrika unter den gegebenen Bedingungen nicht mehr Staatschef werden kann, wie er sich das vor etwa zehn Jahren noch vorgestellt haben könnte. Ein herausgehobenes Amt wie das des (zweiten) Vizepräsidenten mit vor allem repräsentativen Funktionen im Ausland könnte als krönender Abschluß seiner politischen Karriere gelten; schließlich feierte Buthelezi 1998 bereits seinen 70. Geburtstag.
- Die IFP kann sich von einer wie auch immer gearbeteten Zusammenarbeit mit Oppositionsparteien auf nationaler Ebene nicht allzuviel, sicherlich nicht mehr politischen Einfluß und entsprechende politische Ämter versprechen als bei einer Fortsetzung der gegenwärtigen Koalition. Vielmehr besteht sogar die Gefahr, daß im Falle einer Beendigung dieser Koalition sich ohnehin bereits stattfindende Absetzbewegungen einzelner IFP-Politiker zum ANC (Felgate, Mzimela) verstärken

und der Partei weiter Substanz und damit Zukunftsfähigkeit nehmen könnten. Schon jetzt plädieren einige IFP-Politiker für eine Rückkehr der IFP in den Schoß des ANC, sicherlich nicht zuletzt angesichts der Gefahr schon bei den nächsten Wahlen, spätestens jedoch nach dem absehbaren Ausscheiden Buthelezis aus der aktiven Politik, Sitz und Stimme (und damit vor allem auch Bezüge) im südafrikanischen Parlament zu verlieren.

- Die IFP könnte als Gegenleistung für eine Fortsetzung der Regierungskoalition auf nationaler Ebene die Erhaltung des bisherigen Status als Regierungspartei in der Provinz KwaZulu-Natal aushandeln. Dies würde helfen, eine blutige Wahlauseinandersetzung in der Provinz zu verhindern bzw. zumindest für die Zukunft Auseinandersetzungen zwischen beiden Parteien in der Provinz zu minimieren. Dazu wäre es allerdings wohl erforderlich, auch in der Provinz KwaZulu-Natal die jetzt noch durch die Interimsverfassung sanktionierte Regierungskoalition zwischen der IFP und dem ANC weiterzuführen. Dies erscheint nicht unmöglich, wenn man anerkennt, daß schon die bisherige Zusammenarbeit in der Provinz von beiden Seiten immer wieder als harmonisch und sachorientiert bezeichnet worden ist. Sollte die zu erwartende Wahlauseinandersetzung also nicht zuviel Schaden anrichten, erscheint eine Wiederauflage der Koalition zwischen der IFP und dem ANC in der Provinz KwaZulu-Natal nicht ausgeschlossen.

All diese Faktoren lassen uns eine Fortsetzung der augenblicklichen Regierungskoalition zwischen der IFP und dem ANC sowohl auf nationaler als auch auf Provinzebene als die wahrscheinlichste aller Szenarien erscheinen. Allerdings spielt bei diesen Fragen nationaler Tragweite die Einstellung der beiden Parteiführer und ihre persönliche Beziehung zueinander eine entscheidende Rolle.

In diesem Zusammenhang ist zu bemerken, daß der wahrscheinliche nächste Präsident Südafrikas (und politische Führer der Xhosas), Thabo Mbeki, nach afrikanischer Tradition dem wesentlich älteren und darüber hinaus auch als traditioneller politischer Führer der Zulus anerkannten Chief Buthelezi den notwendigen Respekt schuldet. Dies könnte ausschlag-

gebend sein für den Wunsch Mbekis, seine erste Amtszeit mit einer die beiden größten schwarzen Bevölkerungsgruppen Südafrikas versöhnenden Geste der Kooperationsbereitschaft zu beginnen. Es erscheint uns auf dem Hintergrund des afrikanischen Bestrebens, im Konsens zu handeln, wo immer dies vertretbar erscheint, auch für einen IFP-Führer Buthelezi unmöglich, ein solches Angebot, sollte es vom zukünftigen Staatspräsidenten gemacht werden, auszuschlagen.

Vor allem im Falle weiter wachsender Unzufriedenheit mit der Arbeit der jetzigen Regierung erscheint vorhersehbar, daß es Mbeki als neuem Staatspräsidenten viel schwerer fallen wird – als etwa Mandela – allein durch Charisma von den Unzulänglichkeiten und Mißerfolgen abzulenken. Es wird befürchtet, daß Mbeki angesichts wachsender Unzufriedenheit in seiner eigenen Partei viel eher mit einer noch intensivierten Disziplinierung der Partei und Gesellschaft reagieren werde, was den Druck innerhalb der ANC-Allianz erhöhen würde bzw. eine Spaltung der gegenwärtigen ANC-Allianz beschleunigen könnte. In einem solchen Fall stünde die IFP als verlässlicher Koalitionspartner an der Seite eines sich konservativer darstellenden Staatspräsidenten. Dies könnte die Bedeutung einer ANC-IFP-Koalition als stabilisierender Kraft in den kommenden schwierigen Jahren der Transformation stärken. Als gefährlicher als eine solche Schwächung der Opposition gilt politischen Beobachtern eine Entwicklung, in der es dem ANC allein nicht mehr gelänge, eine wachsende Zahl enttäuschter Wähler von der Faszination durch ‘einfache politische Lösungskonzepte’ und ihre Durchsetzung mit Hilfe radikaler politischer Gruppierungen links vom ANC abzuhalten.

Das Manuskript wurde am 15. Dezember 1998 abgeschlossen.